



Waffengesetze helfen nicht gegen den Schwarzmarkt Lehren aus den Terroranschlägen von Paris

Die Attentäter von Paris waren bestens ausgestattet, mit Kalaschnikows, Hand- und Rauchgranaten, einer Skorpion-MPi, Tokarew-Pistolen und einer Panzerfaust. Und keiner fragt sich, wie?

Von Dr. David Th. Schiller

Der Anschlag auf die Redaktion des Satire-Magazin "Charlie Hebdo" und auf einen jüdischen Supermarkt in Paris beherrschten seit dem 7. Januar die Schlagzeilen und Kommentarspalten der Medien. Die insgesamt drei Täter verfügten unter anderem über vollautomatische Kalaschnikow- Sturmgewehre, mit denen sie insgesamt 17 Menschen töteten, darunter drei Polizisten. Nicht anders der französische Syrien-Heimkehrer Mehdi Nemmouche, der im September 2014 in Brüsseler Jüdischen Museum vier Menschen mit einer AK erschoss. Dass solcherart Kriegswaffen trotz stringenter Waffengesetze in Frankreich und Belgien offensichtlich problemlos illegal zu beschaffen waren, erwähnten die Mainstream-Medien wenn überhaupt, dann nur am Rand und ziemlich oberflächlich, wie etwa ein Blick in die Dateien von Spiegel-Online zeigt.

Stattdessen fabulierten nicht wenige der (meist selbst ungedienten) Berichtersteller aus Paris und in den Redaktionen hierzulande über die angeblich so gute Waffen-Ausbildung und das Kommandoartige Vorgehen der Täter. Aber den Vogel im deutschen Blätterwald schossen [Florian Flade](#) und [Thorsten Jungholt](#) ab: Sie gehören zum "WELT-Investigativteam" - was immer das auch sein soll. Schon am 9. Januar erschien von den beiden in der WELT ein offensichtlich eilig zusammengestoppelter Beitrag unter dem Titel "[Angst vor Dschihadisten aus dem Schützenverein](#)", der en Passant gleich erst mal alle Sportschützen und Jagdschein-Aspiranten hierzulande unter terroristischen Generalverdacht stellte.

Der derartig aufgeschreckte Leser musste sich nun belehren lassen, dass deutsche Terrorfahnder sich lange Zeit nur Sorgen um Sprengstoffanschläge machen mussten und sich nun zu der Feststellung durchgerungen haben: "*Terroristen mit Schusswaffen sind nicht minder gefährlich*". Im Fortgang des so tiefgründig recherchierten Artikels bedienten sich die Investigativ-Reporter monatealter Berichte sächsischer Zeitungen ([Mit Jagdschein den heiligen Krieg](#)) und der bereits im Oktober 2014 bei anti-jagd.blog.de erschienenen Details über die Jagdscheinausbildung und das Schießtraining des Konvertiten Max P. aus Dippoldiswalde. Der bestellte nach abgelegter Prüfung im April "*wohl zeitgleich Schusswaffen im Internet*" (welche, weiß die WELT nicht) und verschwand schließlich im September mit einem gleichgesinnten Glaubensbruder in die Türkei. Dort mutmaßen die WELT-Journalisten "*soll der ausgebildete Schütze und frischgebackene Jäger, in Syrien sein, im 'Heiligen Krieg'*".

Mit dem Drilling, oder was?

Das Max P. sich bereits im Dezember 2014 den Behörden gestellt hat und wieder in Deutschland ist, scheint den sog. investigativen Journalisten entgangen zu sein. ([Link](#))

Um die Angst vor Schläfern im Schützenverein oder Jagdkursen noch weiter zu schüren, musste noch das nicht gerade sehr aktuelle Beispiel von dem Wülfrather Deutsch-Türken Koray Nicholas D. vom März 2013 herhalten. ([Link zu dem Artikel](#)) Der brave Musterschüler aus gutbürgerlichem Hause machte 2007 sein Abi mit Bravour, gefolgt vom Wehrdienst in Koblenz beim Heeresführungskommando, absolvierte eine Lehre zum Verwaltungsfachwirt bei der Stadt Duisburg. Ein Studienplatz im Bereich Politik an der Marburger Universität wurde ihm ohne Angabe von Gründen wieder entzogen. In seiner Freizeit spielte er Badminton. Nach seinem Wohnortwechsel nach Essen geriet er schließlich in salafistische Kreise. Zwischenzeitlich besuchte er auch einen Schützenverein in Essen und bewarb sich erfolgreich bei der Polizei in Bremen. Bevor es zur Einstellung kam, nahm ihn ein SEK am 13. März 2013 wegen eines geplanten Attentats auf den proNRW-Chef Markus Beisicht fest. Auch Koray D. galt nicht gerade als erfolgreicher Sportschütze. Und die Ceska, die er bei seiner Festnahme bei sich trug, war illegal beschafft.

Aber solche Details erwähnen die beiden WELT-Rechercheure nicht, stattdessen versuchen sie nun den Zirkelschluss zu den Vorgängen in Paris mit einem Satz, der eigentlich jedem gestandenen Textchef die Tränen in die Augen treibt:

"Was Dschihadisten mit Waffenschein (oder jedenfalls Waffenausbildung) anrichten können, das zeigt auf schreckliche Weise das Attentat auf die Redaktion von [Charlie Hebdo](#)".

Und sie legen noch mal nach, denn die Behörden "hatten diese Variante des Terrorismus lange Zeit nicht auf dem Schirm" Als Kronzeuge wird flugs eine anonyme Quelle zitiert:

"Eine Waffe zu besorgen ist oftmals einfacher, als sich eine funktionsfähige Bombe zu bauen. Das wissen inzwischen auch Islamisten", sagte ein BKA-Beamter der 'Welt'. Deshalb beobachten Polizei und Verfassungsschutz sehr genau, wer versucht, an Pistolen oder Gewehre zu gelangen, sei es über Kontakte zur organisierten Kriminalität wie Rockerbanden, sei es auf legale Weise wie etwa über Schützenvereine."

Aha, also doch Entwarnung? Denn anscheinend funktionierte ja das behördliche Überwachungssystem im Fall der Essener Terror-Zelle, zu der Koray D. gehörte, recht gut.

Journalisten verfallen oft dem Irrtum, von sich selbst auf andere zu schließen. Tatsache ist, dass deutsche Sicherheitsbehörden schon seit vielen Jahren mit der Verwendung von Schusswaffen im terroristischen Handlungsspektrum rechnen, nicht zuletzt auch deshalb, weil es immer wieder zu entsprechenden Waffenfunden in rechten, linken und islamistischen Kreisen kam. Und auch deshalb, weil man sehr genau die Vorgänge in den Nachbarländern und auch außerhalb Europas im Auge behält, wohl wissend um die Vorbildfunktion der auch gerade in den Medien detailreich breitgetretenen Vorfälle für die hiesige Szene.

Tatsache ist auch, dass es in Frankreich noch nie ein Problem gab, an Kriegswaffen, Handgranaten und Sprengstoffe heranzukommen. Das zeigte sich bei zahlreichen politischen wie unpolitischen Straftaten der vergangenen Jahrzehnte: Dabei benutzt wurden meist Beutewaffen

aus Wehrmachtsbeständen, die nach 1945 nie bei den Behörden abgegeben wurden, genauso wie ein großer Teil der rund 418.000 Waffen, die von 1941-44 für den französischen Untergrund per Fallschirm abgeworfen wurden. Seit Zerfall des Warschauer Pakts aber ist ein steter Zustrom von modernen Pistolen und Maschinenwaffen sowie Panzerfäusten nach Südfrankreich zu beobachten, vornehmlich aus dem Balkan-Raum. Bereits im Spätherbst 2007, bei den schweren Unruhen in den Banlieus, den Pariser Vorstädten, tauchten erstmals Kalaschnikows und andere Militärwaffen aus dem ehemaligen Jugoslawien auf. Französische Sicherheitsexperten schätzen die Anzahl illegaler Waffen in der 65 Millionen zählenden Bevölkerung mittlerweile auf mindestens zehn bis zwanzig Millionen. Dazu kommen etwa 7,5 Millionen registrierter Schusswaffen, vornehmlich im jagdlichen Bereich. Die Verhältnisse sind also sehr ähnlich jenen in der Bundesrepublik.

Mit dem Sturz des libyschen Gaddafi-Regimes eröffnete sich eine neue und noch billigere Quelle für den illegalen Waffenhandel: Die Gesamtmasse der durch den inneren Zerfall des Landes unkontrolliert auch über die Staatsgrenzen hinaus vagabundierenden Kriegswaffen wurde von militärischen Beobachtern auf gut drei Millionen taxiert. Dabei handelt es sich vornehmlich um osteuropäische und chinesische Variationen der AK-47-Bauserie sowie RPG-7 und RPG-18 Panzerfäuste. In Frankreich nimmt der Zustrom illegaler Waffen jährlich im zweistelligen Prozentbereich zu. Schon 2010 konfiszierte die Polizei 79 % mehr als im Vorjahr. Mittlerweile werden nach Behördenangaben pro Jahr rund 4.000 illegale Schusswaffen im kriminellen Milieu sichergestellt. Der Nachschub scheint nicht zu stocken.

Mit Ausbruch des Bürgerkriegs in Libyen 2011 verschlechterte sich die Lage dramatisch - besonders im Großraum Marseille. Dies ist die Region mit der höchsten Konzentration nordafrikanischer und arabischer Migranten in Frankreich. Die Hafenstadt ist zudem das ideale Einfallstor für illegale Einwanderer und Schmuggelware. Dort entspann sich in den letzten vier, fünf Jahren auch noch ein Krieg rivalisierender Drogengangs, der seitdem im Jahr im Schnitt zehn bis zwanzig Tote und ebenso viele Verwundete zur Folge hat. Die Kalaschnikow scheint dabei die bevorzugte Waffe zu sein. Nach Aussagen des Sprechers für die französische Polizeigewerkschaft aus dem Jahr 2011, David-Olivier Reverdy: "Wenn Du keine "Kalasch" hast, bist Du sowas wie ein Loser!" Auch im letzten Jahr starben mindestens ein Dutzend Menschen beim Marseiller Drogenkrieg im Kalaschnikow-Feuer.

Erstmals wurden die Medien überregional auf die innenpolitische (Un-)Sicherheitslage im März 2012 aufmerksam. Ein mit einem ganzen Waffenarsenal ausgestatteter islamistischer Terrorist, der aus Waziristan zurückgekehrte 32jährige Algerier Mohammed Merah, erschoss in Toulouse nacheinander drei französische Soldaten auf offener Straße und tötete schließlich bei einem Feuerüberfall auf eine jüdische Schule einen Rabbi und drei Kindern. Ein viertes Kind wurde schwer verletzt. Danach lieferte er sich mit der Polizei ein 32stündiges Feuergefecht. Nach seinem Tod durch einen Polizeischarfschützen fanden die Behörden in seinem Versteck drei 45er Colt-Pistolen, eine 9 mm Sten- und eine Uzi-Mpi, ein AK-47-Sturmgewehr, sowie eine Pump-Flinte und einen .357 Magnum Revolver der Marke Colt Python. Das Geld für sein Sammelsurium hatte sich Merah durch Einbrüche und Überfälle besorgt.

Die von Präsident Sarkozy noch 2012 durchgesetzte Verschärfung des französischen Waffengesetzes wirkte sich im kriminellen Milieu überhaupt nicht aus, obwohl das Strafmaß für den Besitz illegaler Schusswaffen auf bis zu sieben Jahre Haft heraufgesetzt wurde. Im Gegenteil, die Schwarzmarktpreise sanken sogar, wahrscheinlich eine Folge des Überangebots. Kosteten AK-47-Sturmgewehre vor wenigen Jahren noch 1.500-2.000 Euro im Süden

Frankreichs, liegen sie nach jüngsten Erfahrungen der Ermittler bei 1.000 Euro oder sogar darunter. "Containerweise" würden die Kalaschnikows mittlerweile nach Frankreich kommen, so ein französischer Terrorismus-Experte in einem BBC-Interview.

Nicht zuletzt auch, weil es in den Balkanländern und an den Grenzen des Schengen-Raums genügend korrupte Polizisten und Zöllner gäbe, welche die Schmuggler gewähren ließen und von dem Handel profitieren. Kalaschnikows sind in den Balkan-Ländern von Bosnien bis Albanien und Mazedonien schon für 150 Euro zu haben. Die alten Tokarew-Pistolen, wie sie auch in den Wohnungen der Pariser Attentäter gefunden wurden, kosten dort noch weniger, etwa 50 Euro.



Aber die Attentäter von Paris brauchten nicht einmal bis ins entfernte Marseille zu reisen, um sich mit Waffen auszustatten. Relativ schnell konnten die Behörden die Quellen aufklären, aus denen sich das Trio bewaffnete. Hauptakteur dabei war offensichtlich der Supermarkt-Geiselnnehmer Ahmedy Coulibaly, in dessen Vorstrafenregister bereits Waffendelikte auftauchten.



Einen Teil des Waffenarsenals kaufte er auf dem Gemüse- und Trödelmarkt hinter dem Brüsseler Bahnhof Gare du Midi, einem bekannten Umschlagplatz für illegale Geschäfte aller Art: die von ihm bei der Geiselnahme benutzte tschechische Skorpion-Mpi WZ 61, eine gekürzte, halbautomatische Sporter-Version der VZ 58, mit der er sich in seinem Bekenner-Video im Bin-Laden-Stil filmen ließ und die von den Brüdern Kouachi

mitgeführte serbische Einweg-Panzerfaust 64 mm vom Typ M80 Zolja ("Wespe"). Letzteres gibt es in Brüssel, Lille oder Marseille laut Polizeiangaben auf dem Schwarzmarkt für 2.000 Euro. Bezahlt wurde das Ganze dank einer Art Hausfrauen-Kredit über 6.000 Euro, den Coulibaly im Dezember 2014 bei der Pariser Filiale der Bank Cofidis mit falschen Einkommensangaben erwirkt hatte.

Die belgische Polizei hat jahrelang in Abrede gestellt, dass es so einfach wäre, sich auf dem dortigen Schwarzmarkt eine AK-47 oder ähnlich effektive Kriegswaffen zu kaufen. Aber schon im Februar 2010 strafte der Reporter Nawal Bensalem der Zeitung La Dernière Heure die Behördensprecher Lügen, indem er sich bei einem Testlauf in den Brüsseler Vierteln Anderlecht und Curreghem in weniger als sechs Stunden mit einer Neun-Para-Pistole und einer AK-47 zum Gesamtpreis von 3000 Euro ausstattete. Die gerade in Drogendealer-Kreisen sehr beliebten Skorpions wurden ihm ab € 750.- angeboten, Kalaschnikows ab 1.200.-

Am 14. Januar meldete sich bei der Polizei in Charleroi ein behördlich durchaus bekannter Schwarzmarkt-Händler namens Neetin Karasular und gab zu, dass er den Mini Cooper von Coulibalys Lebensgefährtin Hayat Boumedienne gekauft hat. Er soll nach Meldungen der belgischen Medien statt Geld Waffen in Zahlung gegeben haben: ein Dutzend Kalaschnikows, 25 Faustfeuerwaffen (vornehmlich Tokarew-Pistolen) und 30 kg des militärischen Industriesprengstoffs C4. Die nachfolgende Hausdurchsuchung seines Anwesens bestätigte einen Teil der Angaben. Einen Teil dieser Waffen fand sich in einer kurzfristig angemieteten

konspirativen Wohnung Coulibalys im Pariser Gentilly-Viertel. Die französische Polizei geht davon aus, dass Ahmedy Coulibaly und die Brüder Said und Chérif Kouachi Helfershelfer und Mitwisser hatten. Mehr als ein Dutzend Verdächtige aus dem Freundes- und Familienkreis der beiden befinden sich zurzeit noch in Haft.

Weniger als 48 Stunden nach Karasulars Festnahme reagierten die belgischen Sicherheitsbehörden mit einer groß angelegten Schleppnetz-Fahndungsaktion, bei der mehr als zehn Lokalitäten durchsucht, mehrere Personen mit dschihadistischen Hintergrund festgenommen und in einem Feuergefecht in dem Städtchen Verviers zwei mit automatischen Waffen um sich schießende Verdächtige getötet wurden. Wirkliche Klarheit über die Zusammenhänge und Hintergründe dieser Terrorszene in Frankreich und Belgien kann erst nach Abschluss der Ermittlungen erwartet werden.



Eins aber dürfte allen Verantwortlichen jetzt schon klar sein: Die bisherigen Anstrengungen auf EU-Ebene unter Leitung von **Fabio Marini**, Leiter der *Task Force Schusswaffen beim Generaldirektorat des Innern*, den illegalen Waffenhandel zu bekämpfen, haben sich als Farce erwiesen. Und die im Frühjahr 2014 von der damaligen EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström eingeleitete Initiative zur Verschärfung des Waffenrechts kann man angesichts der blutigen Realitäten des illegalen Waffenhandels in Europa nur als eins bezeichnen - Augenwischerei politischer Gaukler, aber nicht als verantwortliche Politik.